

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

280 (30.11.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,88 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamthalt: Luise Dups, Durlach. D. V. X. 3400.



Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 8 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. 3. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 280

Freitag, den 30. November 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Untersuchungsausschuß für das Bankwesen hat seinen Bericht abgeschlossen und dem Reichskanzler zugeleitet. Das gesamte Kreditwesen soll unter staatliche Aufsicht gestellt werden.

Die englische Regierungserklärung zur Aufrüstung hat in Paris enttäuscht. Baldwins Rede wird als vermittelnd angesehen.

In London fand unter Massenbeteiligung und Begeisterung die Prinzenhochzeit statt. Auch der Führer und Reichskanzler hat Glückwünsche gesandt.

Die südslawischen Behauptungen über die Marjeffer Ad-nismörder werden durch eine ungarische Gegenerklärung scharf zurückgewiesen.

Bolivien soll an der Kriegsfrente im Chaco-Gebiet zusammengebrochen sein, der Staatspräsident wird vermißt.

Auf der Besau-Bahn entgleiste ein abwärtsfahrender Wagen, wobei es sieben Tote und neun Verletzte gab.

Veranlaßt durch zahlreiche Beweise des Vertrauens aus jüdisch-deutschen Kreisen hat sich der Rektor der Prager Deutschen Universität entschlossen, seinen Rücktritt zurückzunehmen.

Ein neuer Taifun wütet über den Philippinen und hat bereits Formosa im Süden erreicht. Zahlreiche Dampfer haben SOS-Rufe ausgesandt.

Eisenacher Kurrende-Sänger beim Führer

Berlin, 29. Nov. 26 Kurrende-Sänger aus Eisenach, meist arme Arbeiterkinder, unter Führung des Eisenacher Oberbürgermeisters Dr. Janson, die an der Thüringen-Feier im Thüringens-Haus mitgewirkt hatten, haben es sich nicht nehmen lassen, dem Führer im Garten der Reichskanzlei einige Heimatlieder vorzutragen. Der Führer ließ der kleinen Sängerschaft eine Spende für die Weihnachtstafel übergeben.

Erklärung des Reichsamtes „Die NS.-Kulturgemeinde“

Berlin, 29. Nov. Das Reichsamt „Die NS.-Kulturgemeinde“ erklärt: In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Nr. 549/50 veröffentlichte Staatsrat Dr. Wilhelm Furtwängler einen Artikel: „Der Fall Hindemith“. Wir verwahren uns dagegen, daß der von der NS.-Kulturgemeinde offen und ehrlich vorgetragene Angriff gegen Hindemith mit der Bezeichnung „Von gewissen Kreisen“ abgeduldet und als „politisches Denunziantentum“ verächtlich wird. Herrn Staatsrat Dr. Furtwängler sei in aller Deutlichkeit gesagt, daß eine amtliche Verurteilung einer Organisation der nationalsozialistischen Bewegung nichts gemein hat mit politischem Denunziantentum. Bei der Ablehnung des Kompromisses an Paul Hindemith durch die NS.-Kulturgemeinde steht der Wert oder Unwert seines derzeitigen musikalischen Schaffens gar nicht zur Diskussion. Der Nationalsozialismus legt vor die Bewertung des Wertes die Wertung der schaffenden Persönlichkeit. Die Tatsache, daß Hindemith jahrelang vor der Machtergreifung eine bewußt undeutsche Haltung an den Tag legte, und dies schon damals nach den eigenen Worten Furtwänglers aus Rücksicht auf den Zeitgeist tat, läßt ihn für die kulturelle Aufbaubarkeit der Bewegung als untragbar erscheinen, zumal da anzunehmen ist, daß er auch seine heutige Haltung aus Rücksicht auf die Konjunktur einnimmt, womit er lediglich einen äußerlichen Stellungswechsel vollzieht.

Einheitliche Aktenführung bei den Gerichten

Berlin, 29. Nov. Als erste Vorrichtung organisatorisch-technischer Art auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Justizverrichtungen der deutschen Länder zu einer überall gleichgestalteten reichsweiten Justizverwaltung hat der Reichs- und preussische Justizminister Dr. Gürtner am 28. November 1934 eine „Aktenordnung“ erlassen, durch die das Registerwesen bei den Justizbehörden vom 1. Januar 1935 ab in weitestem Umfange vereinheitlicht wird und an die Stelle der bisherigen Verhältnisse bei der Kennzeichnung und Verwaltung der Akten Einheit und Gleichmäßigkeit gesetzt werden. Eine der wesentlichsten Vereinheitlichungsmassnahmen ist die Einführung einheitlicher Aktenzeichen, so daß in Zukunft, einerlei ob das Verfahren bei einem bayerischen oder preussischen, einem badischen oder württembergischen Gericht anhängig ist, immer schon aus dem Aktenzeichen ersehen werden kann, ob es sich um eine Zivilprozesssache, ein Strafverfahren oder sonst eine gerichtliche Angelegenheit handelt.

Zwei Filme verboten

Front gegen unkünstlerischen Film beim deutschen Film — Dr. Gobbels gibt die Begründung

NRN, Berlin, 29. Nov. Seit seinem Bestehen hat sich das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften für den deutschen Film eingesetzt, um diese Kunstgattung zu fördern und zu pflegen. In Anerkennung der Tatsache, daß der Film als künstlerisches Ausdrucksmittel mehr als jedes andere an Technik, Industrie und Wirtschaft gebunden ist, wurden zunächst die materiellen Grundlagen für das deutsche Filmschaffen gestärkt und ausgebaut. Es wurde die Filmkreditbank geschaffen, die die Finanzierung der Filme ermöglichte, und im Rahmen der Reichskulturkammer entstand als eine der ersten künstlerischen Organisationen die Filmkammer, die mit der Reichsfachschaft Film alle Sparten des Filmwesens zweckmäßig organisierte, erforschte und förderte. Im Ministerium selbst wurde u. a. die Stelle des Reichsfilmproduzenten eingerichtet, die der Industrie und den Filmschaffenden in allen künstlerischen Fragen zu Gebote stand.

Nach der nationalsozialistischen Revolution war eine der dringendsten Aufgaben für die Weiterentwicklung des deutschen Films, ihn in seinem Niveau zu heben und den künstlerischen Kräften, die in und an ihm tätig waren, den Weg frei zu machen zu einer positiven und produktiven Arbeit. Nie zuvor haben hohe und höchste Reichsstellen so energisch und eingehend an der Arbeit des deutschen Films teilgenommen. In zahlreichen Besprechungen, Sitzungen und großen Kundgebungen hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda selbst den auf dem Gebiete des Films Tätigen (Künstler, Wirtschaftler und Techniker) die großzügigsten Richtlinien für den Ausbau des Films gegeben. Seine Sachbearbeiter im Ministerium und in der Filmkammer haben sich dieser Aufgabe ebenfalls in mühevoller Kleinarbeit gewidmet. Diese Arbeit wurde nicht nach bürokratischen Gesichtspunkten erledigt, sondern aus einer praktischen Beschäftigung mit dem Film heraus für die Praxis des Films. Es gibt keinen Bildstreifen, den der Minister und seine Mitarbeiter nicht gesehen, über den sie nicht diskutiert hätten. Und immer wieder sind als Folge dieser Zusammenkünfte und Besichtigungen wertvolle Anregungen an die Filmindustrie weitergegeben worden.

Durch die Errichtung der Filmkammer als einer der ersten künstlerischen Vertretungen in Deutschland und durch die offizielle Anteilnahme der höchsten Regierungsstellen an allen den Film betreffenden Fragen ist den Filmschaffenden nicht nur eine äußere Anerkennung zuteil geworden, sondern es wurde ihnen auch das Bewußtsein der Wertschätzung seitens aller Regierungs- und Parteistellen vermittelt, eine Erscheinung, wie sie sich in noch keinem anderen Staat der Erde wiederholt hat. Seine Krönung fand dieser Reorganisationsprozeß in der Ausleihung des Filmpreispreises für die Spitzenleistung des künstlerischen Jahresfassens.

Leider stehen Mühe und Arbeit der zuständigen Reichs- und Kammerstellen noch in keinem Verhältnis zu dem künstlerischen und kulturellen Wert der in der letzten Saison in Deutschland geschaffenen und vorgeführten Filme. Die Schuld daran trägt die Filmindustrie selbst, die zum größten Teil glaubt, die helfende Hand des Staates übersehen oder ausschlagen zu können und statt dessen die allen ausgefahrenen Gleise der Filmherstellung weiterführt. Daß bei einem solchen Verfahren keine künstlerisch oder kulturell wertvollen, ja nicht einmal geschmacklich einwandfreie Filme entstehen können, liegt auf der Hand. Denn wenn konstante gewisse Kreise der deutsche Film trotz aller Anregungen und aller Hilfe der Behörden immer noch als leichtes Amüsiermittel erachtet wird, so erscheint es zwecklos, in solchen Fällen weiterhin ernstgemeinte Ratsschläge zu geben, die doch nicht befolgt werden, sondern es muß vielmehr mit schärferen Mitteln eingegriffen werden.

Aus diesem Grunde hat sich der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda entschlossen, zwei der besonders trüben Fälle der letzten Zeit herauszuheben und diese Filme zu verbieten. Es handelt sich dabei um den Westro-Film der Europa „Die Liebe siegt“ und den Lloyd-Film des NDS „Ein Kind, ein Hund, ein Bagabund“. Beide Filme sind nicht verboten, weil sie gegen staatspolitische Interessen verstoßen oder weil sie Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung zuwiderlaufen, sondern weil sie unkünstlerische, leichte und geschmacklose Nachwerke darstellen. In beiden Fällen ist mit vollkommen phantasielosen Mitteln verfahren worden, man hat die am Film tätigen künstlerischen Kräfte (Darsteller, Musiker usw.) mißbraucht, um geschmacklos, niveaulos und geistlos Verblüffungsware herzustellen. Die Hersteller der Filme haben die Hilfe des vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda eingesetzten Reichsfilmproduzenten nur zensurmäßig in Anspruch genommen, haben geglaubt, bei der späteren Arbeit im Atelier sich über seine Wünsche, Anregungen und fördernden Ratsschläge einfach hinwegsetzen zu können und so Arbeiten anzukommen, die zwar zu polizeilichen und zensurmäßigen Maßnahmen keinen Anlaß gaben, aber die stärksten geschmacklichen Bedenken hervorriefen, ja ein schreiendes Verbrechen für den guten Geschmack eines jeden Volksgenossen darstellten.

Beide Filme sind verboten, um den Herstellern zu zeigen, daß die Regierung nicht gewillt ist, das Geschmacksniveau des deutschen Volkes von künstlerisch gewissenlosen Filmproduzenten gewalttätig herabdrücken zu lassen. Die Aufnahme beider Filme beim Publikum hat übrigens gezeigt, daß ein „Publikumsgeschmack“ für derartige Nachwerke längst nicht mehr vorhanden ist, daß das deutsche Volk auch vom Film etwas Besseres erwartet, als man ihm immer noch zu bieten wagt.

Von Seiten der Filmindustriellen wird immer wieder der Einwand geltend gemacht, daß nur leichte Unterhaltungsfilme Exportmöglichkeiten böten. Das trifft nicht zu. Zwischen Unterhaltung und Blödsinn ist ein großer Unterschied. Aber selbst wenn wir das voraussetzen, so liegt es im Interesse des neuen Deutschlands, daß dann derartige Filme lieber nicht exportiert werden und ihre Herstellung damit unterbleibt, als daß das Ausland vom künstlerischen und kulturellen Willen des neuen Deutschlands ein vollkommen schiefes und verzerrtes Bild erhält. Der deutsche Kunst- und Kulturwille kann sich auch auf dem Gebiete des Films nicht nach den Bedürfnissen gewisser dünner Publikumschichten, die überdies auch in der öffentlichen Meinung des Auslandes keinen Einfluß besitzen, dirigieren lassen. Er muß vielmehr dem Geschmacksniveau des deutschen Volkes entsprechen, das mit Recht stolz darauf sein kann, die größte Anzahl Genies auf dem Gebiete der Kunst unter seinen Söhnen gezählt zu haben.

Es bleibt zu hoffen, daß durch diese beiden Verbote als Warnungssignal der deutschen Filmindustrie schließlich doch die Einsicht kommt, daß die Wege, die sie zum größten Teil noch beschreitet, falsch sind. Es ist hier auch wichtige Aufgabe der Filmkritik, sich mit derartig schlechten Filmen schonungslos auseinanderzusetzen. Gerade durch unverschleierte, offene Kritik wird dem deutschen Film am meisten geholfen. Und die Tage sind vorbei, da die Produzenten oder Verleiher durch Wegnahme ihrer Inserate die Zeitungen zwingen konnten, wieder besseres Wissen gute Kritiken zu schreiben. Sollte auch heute noch ein solcher Fall den Behörden zur Kenntnis gelangen, so würde mit äußerster Schärfe durchgegriffen werden.

Da, wie die oben erwähnten beiden Fälle zeigen, ein wirklich künstlerischer Wille auf dem Gebiete des deutschen Filmes vielfach noch nicht in Erscheinung tritt, wird der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda mit seinen Mitarbeitern selbst die Initiative übernehmen und alle im deutschen Film tätigen Kräfte heranziehen, um endlich die Produktion guter Filme zu sichern.

Untersuchungsausschuß für das Bankwesen

legt seine Bericht vor

Berlin, 29. Nov. Nachdem die Prüfungen des Untersuchungsausschusses für das Bankwesen abgeschlossen sind, hat der Vorsitzende des Ausschusses, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, den vom Ausschuß festgestellten Bericht an den Führer und Reichskanzler geleitet. Dieser Bericht wird als Grundlage für die von der Reichsregierung zu treffenden Maßnahmen dienen. Der Bericht befaßt sich zunächst ausführlich mit den Mängeln der Vergangenheit, um dann die Grundlage einer Neuordnung aufzuzeigen. Die Wiederherstellung eines innerlich geordneten und leistungsfähigen Kreditapparates hat zur Voraussetzung, daß seine Wirtschaftlichkeit wiederhergestellt wird. Sie wird, ganz abgesehen von etwaigen Gewinnausschüttungen, erforderlich zur Beilegung der Krisenreste, zur Neubildung von Risikorelevanz und vor allem zur Verringerung der Zinsspanne. Nur ein wirtschaftlich rentabler Kreditapparat ist befähigt, seine wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, d. h. die allgemeine wirtschafts-

politische Zielsetzung der Reichsregierung wirkungsvoll zu unterstützen.

Ein vollständiger Umbruch der Gesinnung eines großen Volkes ist von heute auf morgen nicht möglich. Noch weniger kann aber eine plötzliche Umwälzung der organisatorischen Grundlagen eines Volkes erfolgen, in denen sich die Erfahrungstatsachen sehr vieler Menschenalter niedergelegt haben. Dies gilt vor allem für den empfindlichen Apparat des Kreditwesens. Alle Reformmaßnahmen auf diesem Gebiete können deshalb nur mit dem gewaltigen Willensersatz der Gegenwart rechnen, können aber gerade deshalb nur nach genauer Prüfung der tatsächlichen Lage vorgenommen werden. Insbesondere ist festzustellen, wieweit die Hauptziele auf diesem Gebiete sind und auf welchem Wege sie am schnellsten und besten erreicht werden können. Deutscher Sozialismus bedeutet, daß die Entwicklung des nationalwirtschaftlichen Lebens nicht sich selbst überlassen bleibt, sondern

daß der Staat als Ausdruck des Volkes sich um die Durchführung der wirtschaftlichen Aufgaben kümmert, zum Teil sie auch selbst übernimmt. Der neue Staat braucht deshalb in weit härteren Umfange als der verfallene einseitige Kreditmittel. Die Herstellung eines den Aufgaben des gesamten Wirtschaftslebens entsprechend gestalteten Geld- und Kapitalmarktes muß das Kernstück einer jeden Neuordnung sein. Erst wenn der feste Boden eines intakten Geld- und Kapitalmarktes geschaffen ist, sind auch die Voraussetzungen für ein organisches und gelundes Leben der gesamten deutschen Wirtschaft gegeben. Auf diesen leitenden Gesichtspunkt sind daher alle gesetzgeberischen Maßnahmen einzustellen und keines der beteiligten Organe und Institute darf außerhalb einer solchen Regelung bleiben. Nur eine einheitliche staatliche Beaufsichtigung aller Träger der Geld- und Kreditwirtschaft kann den Gesundungs- und Normalisierungsprozeß im Kreditwesen beschleunigen und diejenigen Voraussetzungen auf dem Kapitalmarkt schaffen, welche die Staatsleitung zur Durchführung ihrer Aufgaben braucht. In einer elastischen Staatsaufsicht glaubt der Ausschuß insbesondere den programmatischen Forderungen des Nationalsozialismus auf dem Gebiete des Kreditwesens den gegenüberwärtig vollkommensten Ausdruck zu geben.

- Es sind erforderlich:
1. Beaufsichtigung aller Kreditinstitute.
 2. Unterwerfung aller Kreditinstitute unter einen Genehmigungszwang.
 3. Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität.
 4. Trennung von Geldmarkt und Kapitalmarkt und damit die Befreiung des Spargelchäftes.
 5. Sicherstellung eines geordneten Zahlungsverkehrs.
 6. Ueberwachung des Kreditgeschäfts und weitgehende Publizität.
 7. zweckmäßige Zusammensetzung des Aufsichtsamtes.

Hierzu wird im Einzelnen ausgeführt: Ein mit den nötigen Vollmachten auszustattendes Aufsichtsamtes für das Kreditwesen ist eine zwingende Notwendigkeit. Bei der Festlegung seiner Aufgaben und Befugnisse sind zunächst gewisse Gebrauche, die sich im Geschäftsbereich des Bankentommissars herausgebildet haben, gesetzlich zu verankern, darüber hinaus aber weitere Ergänzungen der gesetzlichen Befugnisse vorzunehmen. Vor allem ist es erforderlich, daß sämtliche Kreditinstitute restlos erfaßt und dem Aufsichtsamte unterstellt werden.

Der Ausschuß empfiehlt die Einführung eines Genehmigungsverfahrens für Kreditunternehmungen. Die Erlaubnis zum Betriebe einer Kreditunternehmung soll von bestimmten sachlichen und personellen Voraussetzungen abhängig gemacht werden. Der derzeitige Zustand bedingt auch die Befugnis, innerhalb einer angemessenen Uebergangszeit den Kreditapparat durch Aufhebung vorhandener Kreditinstitute zu bereinigen. Die Führung der Bezeichnung „Bank“, „Bankier“, „Sparkasse“ oder einer Bezeichnung, in der diese Worte enthalten sind, sollen unter einem gesetzlichen Schutz gestellt werden. Bei der Neuordnung muß eine ausreichende Liquidität sichergestellt werden. Um den Sparläsen das kurzfristige Privatkreditgeschäft zu erhalten, schlägt der Ausschuß vor, daß allen Kreditunternehmungen, die Spareinlagen annehmen, auferlegt wird, diese nur einer Anlage zuzuführen, welche der langfristigen Form der Spareinlagen entspricht, und das Spargelchäft von den übrigen Geschäften auch budmäßig zu trennen. Durch eine solche Regelung wird die Sicherheit der Einlagen erhöht, werden dem Kapitalmarkt in beachtlichem Umfang langfristige Mittel zugeführt, dadurch seine Aufnahmefähigkeiten gesteigert und die Bestrebungen zur Senkung des Kapitalzinses gefördert.

Schweres Unglück auf der Vesuv-Bahn

Rom, 29. Nov. Zu dem schweren Unglück bei Neapel ist ergänzend zu melden, daß sich das Unglück nicht auf der Drahtseilbahn, sondern auf der sog. Vesuv-Bahn ereignete, die von der unteren Seilbahnstation zu Tal führt und zwar nach Pugliano. Kurz vor der Station Ereno bemerkte der Führer, daß der Wagen ins Gleiten kam. Vermutlich infolge der durch Nebel feucht gewordenen Schienen. Obwohl der Beamte sofort die Bremse zog, rutschte der Wagen in immer schnellerer Fahrt abwärts und entgleiste in einer Kurve, wobei er gegen einen Leuchtmast stieß und vollständig zertrümmert wurde. Aus den Trümmern wurden zwölf Verwundete und vier Tote gezogen. Unter den Toten befand sich ein Fremdenführer und ein französisches Ehepaar, das sich auf der Hochzeitsreise befand und in Tunis seinen Wohnsitz hatte. In der Nacht starben noch drei Verletzte, so daß die Zahl der Toten nun sieben beträgt. Die übrigen neun Verletzten sind fast durchweg lebensgefährlich verletzt.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt“



Die Gemeindelast
ROMAN VON GERT ROTHBERG
VERLEGER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU I.S.A.

(4. Fortsetzung.)

Der Oberhofbauer schloß die Tür und Christa stand und blickte in Bertha Oberhofs Gesicht. Die hob die Hand und strich über das Goldhaar, aber da begegnete sie einem so finsternen Blick ihres Neffen, daß sie verzlegen die Hand sinken ließ.

„Komm, Christa, setz dich einweilen hier an den warmen Ofen! Ich muß mich jetzt um unser Abendbrot kümmern.“

Bertha Oberhof schickte zu dem Neffen einen bittenden Blick hinüber. Er hatte gerade trotzig hinausgehen wollen.

Christa saß nun auf der breiten, weißgeschuerten Bank, die rings um den mächtigen Ofen lag, und wagte nicht, aufzublicken. Da zuckte sie erschrocken zusammen. Ernst Oberhof stand dicht vor ihr und sagte:

„Weißt du, was du bist? Eine Gemeindelast bist du! Wärst du nur gleich mit gestorben, denn ihr gehört nicht hierher zu uns.“

Christa blickte ihn an, unermesslichen Jammer in den großen blauen Augen. Doch die Jungenaugen blickten ohne Mitleid über sie hin.

„Und jetzt willst du dich im Oberhof einmischen? Du? Wie sie mich alle auslachen werden über diese aufgezogene Schwester! Schwester? Eine Gemeindelast bist du!“

Im nächsten Augenblick stand Ernst Oberhof wieder am Schreibtisch, denn er hatte draußen im Flur den schweren Schritt des Vaters gehört.

Verfürt sah das Mädchen auf seinem Platz. Der Oberhofbauer trat ein und nickte kurz zu ihr hin. Er lächelte ein bißchen. Natürlich hatte die kleine tollfalsche Pöpelstrolche vor seinem großen Jungen. Und daß der erst ein bißchen Zeit brauchte, um sich an den Gedanken zu

Ungarische Gegenerklärung zur südslawischen Denkschrift

Genf, 29. Nov. Der Führer der ungarischen Abordnung, E. Szikszay, hat zu der südslawischen Denkschrift eine Gegenerklärung herausgegeben, in der die in dieser Denkschrift enthaltenen Behauptungen aufs schärfste zurückgewiesen werden. Auf Einzelheiten geht die Gegenerklärung Ungarns nicht ein. Sie betont aber, daß es der südslawischen Regierung lediglich auf eine Beschäftigung Ungarns zu rein politischen Zwecken ankomme. Die ungarische Regierung werde auf Einzelheiten der südslawischen Anklagen erst eingehen, wenn sie die Denkschrift gründlich geprüft habe. Der Mörder sei in Ungarn vollkommen unbekannt und habe dort niemals gewohnt. Die bulgarische Regierung habe die Nachricht, der Mörder habe Bulgarien mit dem Respekt Ungarn verlassen, schon widerzulegen. Trotzdem habe die südslawische Regierung es für richtig gehalten, in ihrer Denkschrift sich dieser unwarmer Behauptung zu bedienen. Richtig sei, daß drei der Verschwörer vor dem Attentat in Ungarn gewohnt haben. Andere Persönlichkeiten gleicher Art seien aber aus anderen Ländern gekommen und die Verschönerung selbst sei außerhalb Ungarns geplant worden. Wenn die südslawische Regierung Ungarn beschuldige, auf seinem Boden die Verschwörer organisiert und für ihre Aufgabe vorbereitet zu haben, so sei das das Gegenteil der Wahrheit. Die ungarische Regierung habe der südslawischen Regierung schon verschiedentlich eine volle Aufklärung über das Lager von Janta Puljta gegeben. Es müsse nochmals betont werden, daß auch vor dem Rat bewiesen werden würde, daß die ungarische Regierung seit dem letzten Frühjahr die nötigen Maßnahmen ergriffen habe, um zu veranlassen, daß die südslawischen Emigranten Janta Puljta verlassen. Im übrigen sei Janta Puljta kein Lager, sondern eine bescheidene Farm, die 30 oder 40 kroatische Emigranten beherbergt habe.

Dann heißt es weiter: Ich protestiere auf das energischste gegen alle Anspielungen der südslawischen Regierung, in denen offiziellen ungarischen Persönlichkeiten oder Offizieren der ungarischen Armee eine Rolle zugewiesen wird, oder Abhängen, die sie für das Attentat selbst verantwortlich machen oder für irgend einen anderen Terroristenanschlag oder auch nur für die verabscheuungswürdige Verschwörung.

Ebenso muß ich energisch Verwahrung einlegen gegen die offensichtlich böswärtige Anspielung der südslawischen Regierung, wonach die ungarischen Behörden die Ziele und Methoden der terroristischen Emigranten gekannt hätten, die sich auf ungarischem Boden befanden. Die ungarische Erklärung schließt mit der Feststellung, Ungarn habe trotz seiner Leiden infolge des Vertrages von Trianon niemals zu Nord und Verschwörung seine Zuflucht genommen, sondern wende für die Erfüllung seiner nationalen Aspirationen nur friedliche und ehrliche Mittel an. Die ungarische Nation und ihre Regierung verurteilten alle Terrorakte, lehnten die Verleumdungen der südslawischen Denkschrift ab und stellten sich mit reinem Gewissen vor die Öffentlichkeit der ganzen Welt, um ihre Ehre zu verteidigen und die Wahrheit zu beweisen.

Militärischer Zusammenbruch Boliviens?

London, 29. Nov. Wie Reuter aus Santiago de Chile meldet, soll man sich in La Paz weiterhin vollkommen im unklaren darüber sein, wo sich der bolivianische Staatspräsident Salamanca befindet. Der Vizepräsident Tejada, der die Regierungsgeschäfte übernommen hat, erklärte, Salamanca habe sich zu einer Besichtigungstour an den südlichen Frontabschnitt begeben, obwohl seine Anwesenheit in der Hauptstadt zur Lösung dringender Fragen notwendig sei. Die Lage in Bolivien scheint reichlich verworren zu sein. Nachrichten, die unter Umgehung der Zensur aus La Paz eingetroffen sind, sprechen von einem militärischen Zusammenbruch und politischen Unruhen.

Nach Berichten, die in den chilenischen Häfen Antofagasta und Arica vorliegen, soll die bolivianische Grenze gesperrt sein. In La Paz und in anderen bolivianischen Städten sei es zu kriegerischen Kundgebungen gekommen. Das Heer sei mit der Zusammenlegung des Kabinetts Salamanca nicht zufrieden. Vizepräsident Tejada mache verzweifelte Versuche bei den neutralen Nachbarstaaten, um diese zur Vermittlung von Friedensverhandlungen mit Paraguar zu veranlassen. Den paraguayischen Truppen soll es gelungen sein, die bolivianische Front zu durchbrechen. Sie bemühen sich jetzt, die Bereiche zu erweitern, um den Hauptteil der bolivianischen Heeresmacht zu umzingeln.

London, 29. Nov. Nach einer weiteren Reutermeldung wurden im Chaco-Gebiet außer dem jetzigen bolivianischen Präsidenten Salamanca auch der neugewählte Präsident Tamayo und zwei Töchter Salamancas sowie der Kriegsminister gefangen genommen.

gewöhnen, daß Christa hierbleiben sollte für immer, das konnte er sich auch denken.

Er setzte sich an den großen runden Tisch, der schon gedeckt war, und wartete.

Gleich darauf kam Bertha Oberhof wieder herein, hinter ihr die Jungmagd mit einem großen Tablett.

„Komm, Christa!“

Der Bauer winkte das Kind zu sich heran, wies ihm den Platz zu, den es von jetzt an haben würde. Und still und blaß sah Christa von den appetitlich zurechtgemachten Broten. Aber jeder Bißchen quoll ihr im Munde, wenn sie die finsternen Augen Ernst Oberhofs auf sich gerichtet sah.

Nach dem Essen nahm Bertha Oberhof die Kleine sofort zu sich hinüber. Christa hatte dem Bauern die Hand gegeben, und der sagte: „Nun gib auch Ernst die Hand, Christa!“

Aber es ging nicht, denn der Junge, der sich inzwischen wieder mit seiner Zeichnung beschäftigt hatte, wies dem Vater ganz befleckte Hände vor: Es mußte ihm eine blaue Farbe umgeben sein.

Bertha Oberhof u. Christa verließen das Zimmer. Der Bauer setzte sich in den hohen, grünen Plüschpolsterstuhl und langte nach der Zeitung. Aber über diese hinweg blickte er verstohlen auf seinen Jungen.

Der gefiel ihm nicht! Gefiel ihm absolut nicht in dieser feindseligen Abwehr gegen das fremde Kind. Was wollte er denn? Fürchtete er etwa für sich, wenn Christa hier eine Heimat fand? Etwa, daß er zu kurz käme? Das wäre zum Lachen. Ernst war der künftige Erbbauer. Er würde einst der reichste Mann in der weitesten Umgebung sein. Was also schadete es ihm, wenn die Kleine Waise auf dem Oberhof ein warmes Plätzchen fand? Nun, Ernst mußte einige Tage Zeit gelassen werden, sich mit der feststehenden Tatsache abzufinden, dann würde es schon gehen. Und er — der Oberhofbauer — war doch so stolz auf seinen wilden, kraftvollen Jungen. Aber zeigen konnte er ihm diesen Stolz natürlich nicht. Auf keinen Fall! Denn Ernst war ohnehin für seine Jahre schon reichlich selbstbewußt.

Also, Zeit lassen, dann würde es sich schon geben.

Christa sah sich in dem gemütlichen Zimmer um, das Bertha Oberhof gehörte. Und es dauerte auch nicht

Zusammenstoß zwischen Schienenauto und Schnellzug bei Turin

80 Verletzte.

Milano, 29. Nov. Am Bahnhof Porto Susa von Turin ist heute nachmittags zwei Uhr der Schnellzug Mailand-Turin bei der Einfahrt mit dem Schienenauto der Linie Turin-Mosta zusammengestoßen, das den Hauptbahnhof von Turin um 12.50 Uhr verlassen hatte. Nach dem Zusammenstoß ging das vollbesetzte Schienenauto sofort Feuer, und unter den Reisenden brach eine Panik aus. Da die Ausgänge durch Trümmer versperrt waren, konnten die Reisenden nur durch die Fenster den Wagen verlassen. Der Schnellzug Mailand-Turin wurde vom Zusammenstoß nicht so stark mitgenommen. Sobald sich die Reisenden vom ersten Schreck erholt hatten, beteiligten sie sich am Rettungswert und suchten, aus dem brennenden Motorwagen die verletzten Reisenden zu bergen. Die Feuerwehr und das Rote Kreuz waren sofort aus der nahen Stadt zur Stelle. Das Unglück scheint durch das Versagen einer Weiche verursacht worden zu sein. Nach dem ersten Bericht sind 80 Reisende mehr oder weniger schwer verletzt worden, doch konnten die meisten nach Anlegung von Verbänden entlassen werden.

Hirota über die außenpolitische Lage Japans

Tokio, 29. Nov. Der japanische Außenminister Hirota hielt am Freitag vormittag seine mit Spannung erwartete große Rede über die außenpolitische Lage Japans vor dem Parlament, das dieser Tage zu seinem neuen Tagungsabschnitt zusammengetreten ist.

Hirota begann seine Ausführungen mit einem Ueberblick über den Verlauf der Londoner Flottenbesprechungen, wobei er noch einmal die Forderung Japans auf völlige Flottengleichheit mit den Vereinigten Staaten und England klar zum Ausdruck brachte. Gleichzeitig setzte sich Japan aber für eine jähbare Herabsetzung der Flottenrüstungen ein. Die japanischen Vertreter in London würden sich weiterhin bemühen, den Abschluß eines neuen vernünftigen Flottenvertrages zu erreichen. Es sei zu hoffen, daß Großbritannien, die Vereinigten Staaten und die übrigen interessierten Mächte die Berechtigung der japanischen Wünsche anerkennen und einsehen, daß Japan einen neuen Flottenpakt anstrebe, um den Weltfrieden sicherzustellen und zu fördern.

Der Außenminister stellte sodann fest, daß die Beziehungen Japans zu den verschiedenen Ländern Europas und Amerikas, sowie zu China im allgemeinen immer herzlicher geworden seien, weil unter den Mächten jetzt ein größeres Verständnis für die besondere Lage Japans herrsche. Auf die Entwicklung Mandchukuo eingehend, drückte Hirota seine Befriedigung darüber aus, daß dieser neue Staat, den er „unsern Verbündeten“ nannte, rasche Fortschritte auf allen Gebieten der nationalen Verwaltung mache und daß durch die Einrichtung der Monarchie im März u. J. eine dauerhafte Grundlage für das Land hergestellt worden sei. Auf die Frage der Beziehungen zwischen Japan und Sowjetrußland übergehend, stellte der Minister fest, daß auch hier eine Besserung zu bemerken sei. Zum Schluß streifte Hirota noch die Entwicklung der Handelsbeziehungen Japans mit Britisch-Indien und Holländisch-Indien und sprach die Hoffnung aus, daß alle schwebenden Fragen mit den ausländischen Mächten eine freundschaftliche Lösung finden mögen.

Erfolgrat für rücksichtslose Unterdrückung des Kommunismus in China

Schanghai, 30. Nov. Marshall Tschiangkai-schek hat in einer längeren Erklärung die rücksichtslose Unterdrückung des Kommunismus in China und die sofortige Säuberung der Provinzen Kiangsi und Fujien von den Überresten der kommunistischen Truppen angeordnet. Er teilte dabei u. a. mit, daß während der Kommunistenherrschaft in der Provinz Kiangsi eine Million Menschen getötet worden seien und sechs Millionen Menschen ihr gesamtes Hab und Gut verloren hätten. Die Hauptmacht der bisher in Kiangsi lebenden kommunistischen Truppen hat sich inzwischen im Süden der Provinz Yunan gesammelt und ist auf ihrem Marsch nach Westen in den nordöstlichen Teil der Provinz Kiangsi eingedrungen. Dort stehen sie bei Tschuangtschau, 120 km nordöstlich von Weilin, auf den Widerstand der Regierungstruppen. Die aus der Provinz Anhwei abgezogenen Kommunisten erreichten nach Ueberstreifen der Bahnlinie Hanfau-Peking nach mehreren verlustreichen Gefechten mit Regierungstruppen das westliche Honan.

lange, so war ein molliges Lager auf dem Sofa zurechtgemacht.

Aber sie konnte nicht einschlafen. Vom Turm der Dorfkirche hörte sie es immer wieder schlagen. Eine Stunde nach der andern verging, und noch immer lag sie wach und blickte mit großen, wehen Augen in das Dunkel. Wenn sie den Kopf wandte, sah sie durch die Gardine ein Stück blauen Nachthimmel, und ein großer Stern leuchtete ihr entgegen.

„Mütterchen! Ach, Mütterchen!“

Christa weinte nicht, aber immer wieder sagte sie dieses geliebte Wort vor sich hin.

Im Hause herrschte längst tiefste Stille, und noch immer schlief Christa nicht.

Der blonde Kopf war tief in die friische, nach Winterluft duftende Wäsche gewühlt. So heiß war dieser arme Kopf, und die friische Bettwäsche spendete so wohlthuende Kühlung.

„Weißt du, was du bist? Eine Gemeindelast bist du! Wärst du doch gleich mit gestorben!“

Das hatte Ernst Oberhof gesagt.

Und er hatte ja recht! Gewiß hatte er recht! Sie sah es ja ein, daß er böse sein mußte, wenn man ihm nun so plötzlich zumuten wollte, daß sie von nun ab hier in seinem schönen Vaterhause lebe. Aber wohin sollte sie nur auch? Sie besaß doch keinen Menschen mehr auf der Welt, der sie bei sich aufnehmen konnte.

„Mütterchen, ach Mütterchen, wo soll ich denn hin, wenn Ernst Oberhof es nicht will, daß ich hier bin? Er hat mich nie leiden mögen. Mütterchen, bitte, laß mich doch zu dir in den Himmel kommen! Bitte, Mütterchen, laß mich nicht allein. Ich bin eine Gemeindelast, und keiner liebt mich. Bitte, hole mich doch zu dir, Mütterchen!“

Aber die Mutter hörte sie nicht.

Am andern Tage war die Beerdigung, und dank der Güte des Oberhofbauern war sie würdig und schön. Viele Neugierige waren gekommen und der Pastor hielt eine schöne Rede, in der er sehr viel von warmer Nächstenliebe sprach.

Und dann war auch das vorüber.

(Fortsetzung folgt.)